

Presse- INFORMATION

www.m-r-n.com/presse

19. Oktober 2017

Klimaschutz bleibt unerlässliche Daueraufgabe – auch für Rhein-Neckar

Ohne zusätzliche Maßnahmen wird Deutschland seine Klimaschutzziele voraussichtlich verfehlten. Ausgehend vom Status quo ist nach jüngst bekannt gewordenen Berechnungen des Bundesumweltministeriums bis 2020 bestenfalls mit einem Rückgang des CO₂-Ausstoßes um 32,5 Prozent im Vergleich zu 1990 zu rechnen. Angestrebtt ist ein Minus von 40 Prozent. Diese ambitionierte Zielmarke stellt insbesondere industrie- und wachstumsstarke Standorte wie Rhein-Neckar vor Herausforderungen. Deshalb sei es wichtig, gemeinsam und mit voller Kraft an der Aufgabe zu arbeiten, betonte Bernd Kappenstein, Leiter Fachbereich „Energie und Mobilität“ der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, heute zum Auftakt der 7. Regionalkonferenz „Energie und Umwelt“ in Heidelberg.

„Die Region ist auf dem richtigen Weg“, sagte Kappenstein und untermauerte dies mit einigen Zahlen. So legte das Bruttoinlandsprodukt als Indikator der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen 2005 und 2015 um 31,6 Prozent zu. Gleichzeitig gingen die CO₂-Gesamtemissionen nach Schätzungen der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH um 14,5 Prozent zurück (bundesweit: -8,5%). Die Umsätze mit Waren, Bau- und Dienstleistungen zum Klimaschutz verdreifachten sich in der Region seit 2005 auf zuletzt 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. „Mit dem regionalen Energiekonzept, mit Maßnahmen wie der Energiekarawane oder durch intensive Netzwerkarbeit haben die Institutionen der Regionalentwicklung zur Energiewende beigetragen.“

Mehr Effizienz, mehr Erneuerbare, mehr E-Mobilität

Angesichts der unverändert hohen Emissionen im Verkehrssektor, aber auch hinsichtlich der noch immer großen Energieeinspar- und Effizienzpotenziale bei Unternehmen, öffentlicher Hand und Privathaushalten forderte Kappenstein: „Wir müssen unsere Anstrengungen in allen Bereichen weiter intensivieren, angefangen beim Ausbau der erneuerbaren Energien über die effizientere Energienutzung bis hin zur klima-

freundlichen Mobilität. Zudem sollten wir dem Zusammenspiel der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr mehr Beachtung schenken.“ Die Metropolregionen in Deutschland stünden bei der Energiewende in besonderer Pflicht. Als Orte der Innovation und des Fortschritts müssten sie Lösungen für eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch vernünftige Energiezukunft entwickeln und erproben. Die Digitalisierung eröffne hierbei neue Möglichkeiten.

Energiewende: Ziel klar, Weg ungewiss

Ein klares „Ja“ zur Energiewende bestätigten im Gespräch auch die Spitzen der drei großen Interessensverbände BBE (Bundesverband Erneuerbare Energien), BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) und dena (Deutsche Energie-Agentur). Uneinig waren sich die Experten allerdings in der Frage, wie es weitergehen soll. Die Menschen seien der Energiewende gegenüber aufgeschlossen und die Erwartungen hoch, konstatierte Dr. Peter Röttgen (Geschäftsführer Bundesverband Erneuerbare Energie). Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) habe in den vergangenen Jahren enorm geholfen, die erneuerbaren Energien zu stärken. Nun sei es an der Zeit, mit marktwirtschaftlichen Elementen den Übergang zu schaffen und einen neuen ordnungspolitischen Rahmen für die Energiewende zu setzen: „Wir wollen die Technologie von morgen, haben aber noch die Regeln von gestern.“ Röttgen forderte einen klaren Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung, um einerseits den Druck zu erhöhen und andererseits Planungssicherheit für alle Akteure zu schaffen. Außerdem sei es an der Zeit, CO₂ zu bepreisen. Erst dann könne ein echter Wettbewerb zwischen erneuerbaren und fossilen Energieträgern entstehen.

Stefan Kapferer (Vorsitzender Hauptgeschäftsleitung Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) forderte eine klarere Fokussierung auf das Hauptziel der Energiewende, die CO₂-Einsparung. Der Ausstieg aus der Kohle werde kommen, allerdings brauche es weiterhin Kraftwerke, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Kapferer sprach sich daher für mehr Investitionen in Gas-Kraftwerke aus. Zudem müsse man erneuerbare Energien in die Lage versetzen, gesicherte Leistung zu erbringen, etwa durch Stärkung von Speichertechnologien. Auch aus seiner Sicht sei eine Weiterentwicklung des Steuern-, Abga-

ben- und Umlagesystems überfällig. Durch Abschaffung der Stromsteuer und Einführung einer CO₂-Bepreisung könne man die richtigen Anreize schaffen.

Eine notwendige europaweite CO₂-Bepreisung sei derzeit kaum realistisch, so Andreas Kuhlmann (Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur). Die Energiewende bezeichnete er als Fortschrittsprojekt, das es zu gestalten gelte. Hierzu brauche es zunächst einen klaren Konsens über die künftigen Schwerpunkte. Erst dann könne man vernünftig über die nächsten Schritte und Maßnahmen sprechen. Der regulatorische Rahmen sei inzwischen viel zu komplex, weshalb Kuhlmann einen grundlegenden Wandel forderte. Die Abschaffung der Stromsteuer eigne sich aus seiner Sicht nicht als Steuerungsinstrument.

Erfahrungs- und Wissensaustausch hilft

Einmal mehr zeigte sich bei der Regionalkonferenz, wie wichtig der intensive Austausch von Erfahrungen und gelungenen Praxisbeispielen für den Erfolg der Energiewende ist. So diskutierten am Vormittag Vertreter aus regionalen Unternehmen verschiedene Maßnahmen und Strategien für mehr Energieeffizienz im Gebäudebestand sowie für eine bessere Integration der erneuerbaren Energien in den Wärmemarkt. Am Nachmittag stellten Experten in fünf Fachforen innovative Konzepte und Lösungen für das Gebäude der Zukunft, die Wärmewende, die Sektorkopplung im Verteilnetz, die Smart City sowie für mehr Energieeffizienz in Betrieben vor. „Der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energien und der damit verbundene Umbau des Energiesystems wird uns noch Jahrzehnte herausfordern. Wir müssen lernen, effizienter mit Energie umzugehen und die erneuerbaren Energien besser in das Gesamtsystem zu integrieren. Dies gilt etwa für den Gebäudebereich, der noch immer 35 Prozent des Endenergieverbrauchs und 30 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen verursacht. Hier wie auch im Verkehrsbereich liegen Potenziale. Unser aller Anspruch muss es sein, diese im regionale Verbund bestmöglich zu heben“, so Kappenstein.